



**MINISTÈRE
DE L'ÉCONOMIE,
DES FINANCES
ET DE LA RELANCE**

*Liberté
Égalité
Fraternité*



Eine stärkere Industrie für ein autonomeres Europa

Bercy, 13. Januar 2022

Vorwort der Minister



Bruno Le Maire
Minister für
Wirtschaft, Finanzen
und Aufschwung



**Agnès Pannier-
Runacher**
beigeordnete
Ministerin für
Industrie

Es gibt keine politische Souveränität ohne technologische Souveränität. Die Stärkung der europäischen Autonomie auf der Grundlage einer stärkeren Industrie ist eine der zentralen Prioritäten der französischen EU-Ratspräsidentschaft.

Wir befinden uns in einer Phase bedeutender geopolitischer Umbrüche auf globaler Ebene: der verschärfte Wettbewerb durch China und die USA, die Rohstoffknappheit, die Umstrukturierung von Wertschöpfungsketten, die Digitalisierung unserer Wirtschaft und vor allem der ökologische Wandel.

Angesichts dieser Herausforderungen ist Europa gefordert, seine Interessen besser zu verteidigen und politisch, wirtschaftlich und technologisch autonomer zu werden. Dies ist die Vision, die der Präsident der Republik in seiner Rede an der Sorbonne im September 2017 zum Ausdruck brachte, und dieses Bestreben steht im Mittelpunkt der französischen EU-Ratspräsidentschaft.

Um die strategische Autonomie Europas zu stärken, ist die Fortsetzung der industriellen Rückeroberung ein entscheidender Erfolgsfaktor. Der europäische Kontinent verfügt über enorme Trümpfe im Bereich der Forschung und Talente sowie Fachwissen in der Industrie.

Um neue Wertschöpfungsketten in Europa zu schaffen und unsere technologische und industrielle Autonomie zu stärken, werden wir in erheblichem Umfang investieren müssen.

Aus diesem Grund haben wir gemeinsam mit den anderen Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission die Grundlagen für eine neue, ehrgeizigere und offensivere europäische Industriepolitik geschaffen. Bereits im Jahr 2019 haben wir mit der Schaffung von wichtigen Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI) begonnen und die Verlagerung der strategisch wichtigsten Wertschöpfungsketten nach Europa eingeleitet.

Die industrielle Rückeroberung Europas hat begonnen, wie der Anlauf der Gigafabriken für Elektrobatterien in Frankreich und Deutschland deutlich zeigt.

Darüber hinaus hat die Europäische Union als Antwort auf die Krise zum ersten Mal einen umfangreichen europäischen Aufbauplan auf den Weg gebracht: *Next Generation EU*. Dieser Plan, der mit den nationalen Konjunkturprogrammen der Mitgliedstaaten wie *France Relance* verknüpft ist, soll das europäische Sozial- und Wirtschaftsmodell stärken und gleichzeitig das Fundament für unser

zukünftiges Wachstum und die nachhaltige Schaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen in Europa legen.

Vor diesem Hintergrund haben wir für die französische EU-Ratspräsidentschaft drei Prioritäten im Bereich der Industrie festgelegt.

Unsere erste Priorität ist die Beschleunigung der Investitionen in vier strategischen Sektoren durch die Schaffung oder das Vorantreiben von vier IPCEI: Wasserstoff, Elektronik, Gesundheit und Cloud.

Unsere zweite Priorität ist die Festlegung eines Rahmens, der die Entwicklung einer dekarbonisierten und wettbewerbsfähigen europäischen Industrie ermöglicht, und dies angesichts von Konkurrenten, die massiv durch staatliche Beihilfen subventioniert werden und wenig Rücksicht auf ihre Umweltauswirkungen nehmen.

Unsere dritte Priorität ist schließlich die Stärkung unserer Autonomie bei der Versorgung mit kritischen Rohstoffen.

Die Konferenz *„Eine stärkere Industrie für ein autonomeres Europa“* ist daher sehr zu begrüßen, da sie all diese Herausforderungen thematisiert. Sie dient dazu, unsere Handlungsmöglichkeiten für die nächsten sechs Monate zu definieren.



INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort der Minister	2
Einführung	5
Hintergrund der Konferenz	7
Ziele der Konferenz	10
Programm	12
Rednerliste	14

Einführung

Französische Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union

Frankreich übernimmt am 1. Januar 2022 zum ersten Mal seit 14 Jahren den Vorsitz im Rat der Europäischen Union (EU). Wie gestaltet sich die EU-Ratspräsidentschaft und welche Rolle spielt Frankreich dabei?

Wozu dient die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union?

Ein turnusmäßiger Vorsitz

Jeder Mitgliedstaat übernimmt turnusmäßig für sechs Monate die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union. **Vom 1. Januar bis 30. Juni 2022 hat Frankreich den Vorsitz im Rat der EU inne.** Die Ratspräsidentschaft organisiert die Sitzungen, arbeitet Kompromisse aus, legt Schlussfolgerungen vor und sorgt für Kohärenz und Kontinuität des Entscheidungsprozesses. Sie bemüht sich um eine gute Zusammenarbeit zwischen allen Mitgliedstaaten und stellt die Beziehungen zwischen Rat und den europäischen Institutionen, insbesondere Kommission und Parlament sicher.

Was ist der Rat der Europäischen Union?

Im Rat der Europäischen Union, der auch als „Ministerrat der Europäischen Union“ oder kurz „Rat“ bezeichnet wird, kommen die Ministerinnen und Minister der EU-Mitgliedstaaten nach Tätigkeitsbereichen zusammen. Er ist, zusammen mit dem Europäischen Parlament, das Rechtsetzungsorgan der Europäischen Union.

Konkret leiten die Ministerinnen und Minister den Rat in den folgenden neun Zusammensetzungen: allgemeine Angelegenheiten; Wirtschaft und Finanzen; Justiz und Inneres; Beschäftigung; Sozialpolitik; Gesundheit und Verbraucherschutz; Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie, Forschung und Raumfahrt); Verkehr; Telekommunikation und Energie; Landwirtschaft und Fischerei; Umwelt; Bildung, Jugend, Kultur und Sport; Handel. Eine Ausnahme bildet der Rat für Auswärtige Angelegenheiten, dessen Vorsitz der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, aktuell also Josep Borrell, innehat

Der Rat der EU verfügt auch über Haushaltsbefugnisse: Gemeinsam mit dem Parlament ist er für die Aufstellung und Änderungen des jährlichen Haushaltplan der EU zuständig. Darüber hinaus fasst der Rat bestimmte Beschlüsse und gibt nicht rechtsverbindliche Empfehlungen ab, schließt die internationalen Abkommen der Union und ernennt die Mitglieder bestimmter Institutionen (Rechnungshof, Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss, Ausschuss der Regionen). Die Beratungen und Abstimmungen des Rates über Gesetzgebungsakte sind öffentlich.

In welchen Rahmen fügt sich die französische Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union ein?

Die französische EU-Ratspräsidentschaft knüpft an die Zielsetzung an, die der französische Staatspräsident in seiner Rede für ein souveränes, geeintes und demokratisches Europa am 26.

September 2017 an der Pariser Sorbonne-Universität formuliert hatte. Seit vier Jahren arbeiten der Staatspräsident und die Regierung am Aufbau einer echten europäischen Souveränität, das heißt, an der Fähigkeit Europas, in der heutigen Welt zu bestehen, um unsere Werte und unsere Interessen zu verteidigen. Frankreich wird diese Arbeit für noch mehr europäische Solidarität, Souveränität und Demokratie im Zuge seiner EU-Ratspräsidentschaft weiterführen.

Die französische Ratspräsidentschaft geht auf die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger ein, die sie bei den im September in 18 französischen Regionen im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas veranstalteten Bürgerdialogen zum Ausdruck gebracht haben. Mit diesem 2019 von Frankreich vorgeschlagenen Projekt wurde der europäischen Bevölkerung ein neuer Raum für Debatten eröffnet. Der endgültige Beitrag dieser nationalen Debatten wurde der Regierung im Herbst vorgelegt. Die von der französischen und europäischen Bevölkerung formulierten Empfehlungen fließen in die Prioritäten des französischen Vorsitzes im Rat der Europäischen Union mit ein.

Die französische Ratspräsidentschaft ist Teil des „Dreivorsitzes“, an dem sie sich in ihren Arbeiten orientiert. Dank dieses 2009 ins Leben gerufenen Systems werden langfristige Ziele und Schwerpunkte im Rahmen eines Achtzehnmonatsprogramms festgelegt. Nach Abschluss der slowenischen Präsidentschaft leitet Frankreich eine neue Phase ein und wird im Trio mit der Tschechischen Republik und Schweden zusammenarbeiten, die den Ratsvorsitz im zweiten Halbjahr 2022 bzw. im ersten Halbjahr 2023 innehaben.

Fast 400 Veranstaltungen

Rhythmus in die französische Ratspräsidentschaft bringen die insgesamt fast 400 in Frankreich und der EU geplanten, öffentlichen Veranstaltungen, wie politische Treffen, Kulturprogramme und Bürgerbegegnungen.

→ Alle Informationen zur französischen Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union finden Sie auf der offiziellen Website und den Social-Media-Kanälen des Vorsitzes

- Website: www.europe2022.fr
- [Facebook](#)
- [Instagram](#)
- [LinkedIn](#)
- [Twitter](#)
- [Youtube](#)
- [Flickr](#)

Der Rat der Europäischen Union darf nicht verwechselt werden mit:

- **dem Europäischen Rat**, der sich aus den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten zusammensetzt und die allgemeinen politischen Leitlinien und Prioritäten der Europäischen Union festlegt. Derzeitiger Präsident dieses Rates ist Charles Michel;
- **dem Europarat**, bei dem es sich um eine zwischenstaatliche Organisation mit 47 Mitgliedstaaten handelt. Diese 1949 gegründete Organisation hat zum Ziel, die Entwicklung der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit zu fördern. Die Generalsekretärin der Organisation mit Sitz in Straßburg ist Marija Pejčinović Burić.

Weitere Informationen

- [Webseite der der französischen Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union](#)
- [Webseite "Toute l'Europe"](#)
- [Webseite des Rats der Europäischen Union](#)

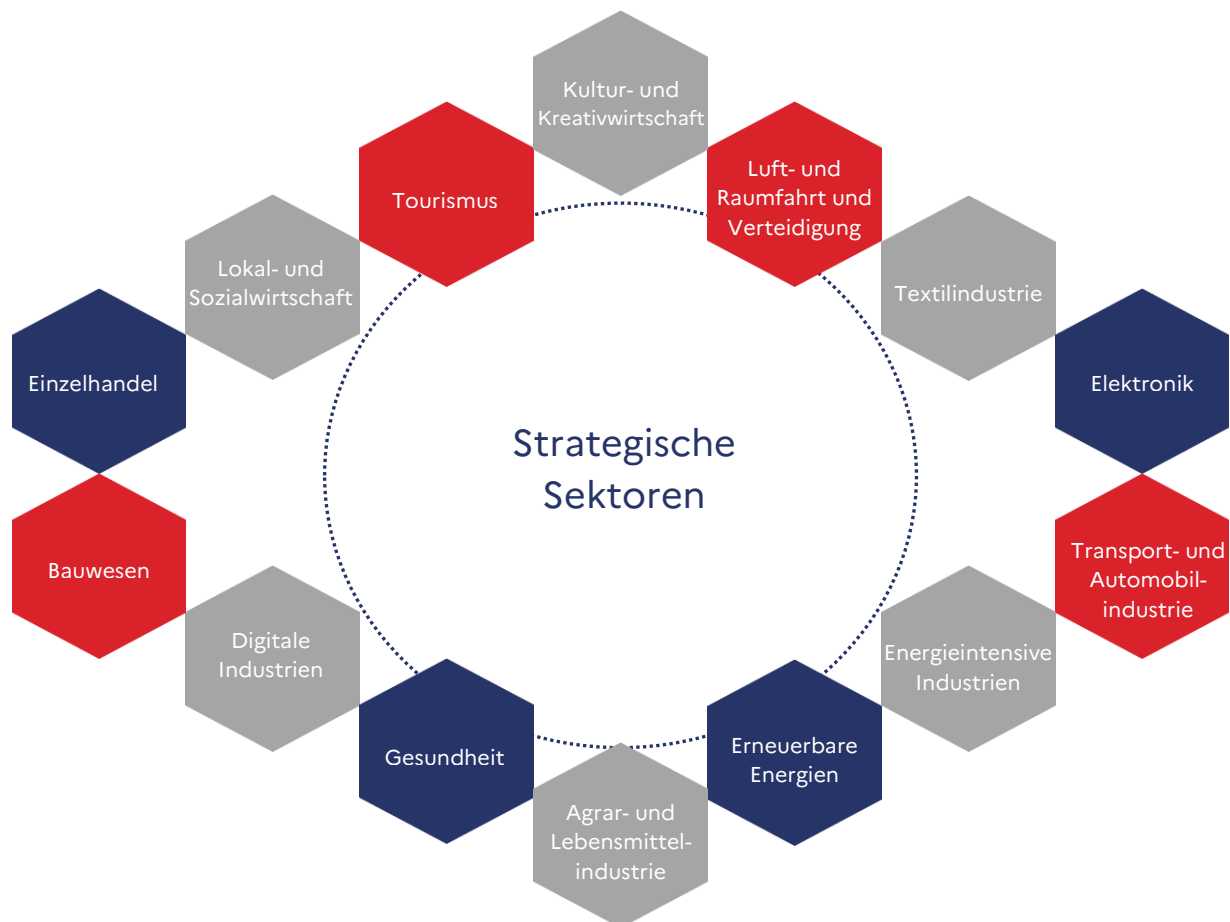
Hintergrund der Konferenz

1. Auswirkungen internationaler Spannungen und Corona-Krise

Die zunehmenden Spannungen auf internationaler Ebene haben gezeigt, dass die Europäische Union ihre Abhängigkeit von den wichtigsten externen Lieferungen verringern muss, die im Falle einer geopolitischen Krise oder eines großen wirtschaftlichen Schocks jederzeit versiegen können.

- **Strategische Industriezweige**

Wie die Europäische Kommission in der Revision der [Europäischen Industriestrategie vom Mai 2021](#) dargelegt hat, ist die Europäische Union bei [137 Produkten, die in den 14 kritischsten Industriezweigen zum Einsatz kommen, stark von ausländischen Lieferanten abhängig](#). Diese **137 Produkte** entsprechen fast 6% des Wertes der gesamten nach Europa importierten Produkte



Außerdem können 25% dieser Produkte, darunter Chemikalien sowie Rohstoffe für energieintensive Industrien oder für das Gesundheitswesen, nicht ohne weiteres von Lieferanten aus anderen Ländern bezogen oder durch eine gleichwertige europäische Produktion ersetzt werden.

- **Rohstoffknappheit und Schwachstellen in den Wertschöpfungsketten**

Im Jahr 2020 rückte die Corona-Krise das Risiko von Versorgungsengpässen bei wichtigen Gesundheitsprodukten wie persönlicher Schutzausrüstung, Gesichtsmasken, mechanischen Lüftungssystemen, für die Impfstoffherstellung benötigten Komponenten oder bestimmten wichtigen Medikamenten wie Paracetamol ins Blickfeld.

Seit mehreren Monaten beeinträchtigt die **unzureichende Verfügbarkeit von Produkten, die für das reibungslose Funktionieren unserer Industrien erforderlich sind**, die Bedingungen und Fristen für die Produktion und die Belieferung der Verbraucher. Zu diesen Produkten zählen etwa bestimmte kritische Rohstoffe (Lithium, Kupfer, Kobalt, Magnesium usw.) und Halbleiter. Einige Rohstoffe wie Holz, Baustoffe und Weizen unterliegen ebenfalls starken Spannungen auf den Weltmärkten und deutlichen Preissteigerungen.

Bei **einigen kritischen Rohstoffen**, die für den Erfolg des **grünen und digitalen Wandels** und die Ökologisierung unserer Volkswirtschaften von entscheidender Bedeutung sind, wird das **Risiko der Abhängigkeit** besonders deutlich: So werden beispielsweise 60 % der weltweiten Produktion und 98 % des europäischen Bedarfs an Seltenerdmetallen, die für die Herstellung von Windkraftanlagen benötigt werden, von China gedeckt. Auch 60 % der weltweiten Lithiumproduktion und 80 % der Produktion von Lithiumhydroxid, die essentiell für die Herstellung von Batterien für Elektrofahrzeuge sind, entfallen auf China.

2. Die Europäische Union hat erhebliche Anstrengungen unternommen, um ihre strategische Autonomie zu stärken und gleichzeitig eine offene Wirtschaft aufrechtzuerhalten

Seit 2019 hat die Europäische Union in zahlreichen Bereichen einschneidende Reformen eingeleitet, um die Resilienz der europäischen Industrie zu erhöhen, ihre strategische Autonomie zu stärken und gleichzeitig eine offene Wirtschaft aufrechtzuerhalten.

- Die Europäische Union hat in den letzten Jahren die Instrumente entwickelt, die sicherstellen, dass für die europäische Industrie fairere Spielregeln gegenüber unseren wichtigsten Partnern und Konkurrenten gelten.
 - ➔ Der Erlass der **Verordnung zur „Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen“** hat zu Beginn der Gesundheitskrise verhindert, dass ausländische Akteure europäische Start-ups oder Unternehmen aufkaufen, die für die Sicherheit der Union von entscheidender Bedeutung sind.
 - ➔ Die Ernennung eines **stellvertretenden Generaldirektors in der Generaldirektion Handel** innerhalb der Kommission, der **für die Durchsetzung der Handelsregeln zuständig** ist („Chief Trade Enforcement Officer“), ermöglicht es im Alltag, die Rechte europäischer Unternehmen besser durchzusetzen, wenn diese mit unlauteren Handelspraktiken, einschließlich unzulässiger Ein- oder Ausfuhrbeschränkungen, konfrontiert sind.
- Die französische Ratspräsidentschaft wird sich entschlossen für den **Abschluss der Verhandlungen** über zwei entscheidenden Verordnungen einsetzen:
 - ➔ die **Verordnung über das internationale öffentliche Beschaffungswesen (IPI)**, die auf mehr Reziprozität bei der öffentlichen Auftragsvergabe abzielt,
 - ➔ die **Verordnung zur Bekämpfung von drittstaatlichen Subventionen**, die den Binnenmarkt verzerren.

Schließlich wird die französische Ratspräsidentschaft die Arbeit an der Prüfung neuer europäischer Instrumente, wie der Verordnung über den Schutz vor wirtschaftlichem Zwang, entschlossen vorantreiben.

- **Die Europäische Union schafft außerdem Instrumente zur Krisenprävention und -reaktion**, die auf Solidarität, Koordination und Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten sowie auf der Stärke des Binnenmarktes beruhen. Im Gesundheitsbereich ist dies beispielsweise der Schwerpunkt der zukünftigen EU-Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (HERA). Dieses Ziel wird auch das zukünftige Notfallinstrument für den Binnenmarkt verfolgen, das die Europäische Kommission während der französischen Ratspräsidentschaft vorstellen wird. Dieses Instrument wird die Koordination verstärken und insbesondere den Waren- und Dienstleistungsverkehr zwischen europäischen Ländern im Falle einer schweren Krise erleichtern.
- **Die Europäische Union verstärkt ihre Bemühungen in Bezug auf die Analyse und Bestandsaufnahme ihrer strategischen Abhängigkeiten und Schwachstellen.** Die Europäische Kommission hat im Mai 2021 mit der Bestandsaufnahme der Risiken für **14 Bereiche oder Ökosysteme, die für die Zukunft der Europäischen Union von entscheidender Bedeutung sind**, eine erste Grundlage geschaffen, darunter Luft- und Raumfahrt sowie Verteidigung, Elektronik, Mobilität und Verkehr, energieintensive Industrien und erneuerbare Energien, die Agrar- und Lebensmittelindustrie, das Gesundheitswesen und die digitalen Industrien. Im Rahmen dieser Analyse stellte die Europäische Kommission auch eine eingehende Untersuchung der Schwachstellen in sechs kritischen Sektoren an (Rohstoffe, pharmazeutische Wirkstoffe, Batterien, Wasserstoff, Halbleiter, digitale „Cloud“- und „Edge“-Technologien). Weitere Analysen zu neuen kritischen Sektoren, die die Europäische Kommission zu Beginn der französischen Ratspräsidentschaft vorlegen wird, sind bereits angelaufen, insbesondere auf der Grundlage der Arbeiten des Industrieforums, an dem Frankreich aktiv teilnimmt.

3. Ein Instrument zur Stärkung der europäischen Industrie: die wichtigen Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse

Um die anspruchsvollsten Herausforderungen der Industrie anzugehen, ihre strategische Autonomie zu stärken und Europa innovativer und grüner zu machen, **kann sich die Europäische Union auf ein europäisches Instrument stützen, das der industriellen Zusammenarbeit gewidmet ist: das wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI).** Ein IPCEI ist ein umfangreiches Projekt, das von mehreren Mitgliedstaaten kofinanziert wird und alle Tätigkeitssektoren betreffen kann. Es weist mehrere Merkmale auf:

- ➔ Es muss erhebliche Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union und ein nachhaltiges Wachstum haben
- ➔ Es muss entweder in Bezug auf seinen Umfang oder Anwendungsbereich besonders groß und/oder mit einem hohen Risiko oder finanziellen Engagement verbunden sein
- ➔ Es muss europäische Ziele verfolgen, indem es mindestens zwei Mitgliedstaaten einbezieht, und seine Vorteile müssen sich auf einen nennenswerten Teil der Union erstrecken

Das Ziel eines IPCEI besteht somit darin, **öffentliche Ressourcen zu bündeln und private Investitionen zu mobilisieren**, um gemeinsam auf europäischer Ebene effizienter zu sein. Die Mitgliedsstaaten agieren koordiniert, indem sie ihre Mittel zusammenlegen.

Seit 2019 und insbesondere auf Anregung Frankreichs und Deutschlands hat sich die Europäische Union für die Einrichtung von IPCEI im Hinblick auf zwei Sektoren eingesetzt: **Mikroelektronik und Batterien.**

Die französische EU-Ratspräsidentschaft wird mit der Europäischen Kommission zusammenarbeiten, um den Start der IPCEI und die Investitionen in vier strategischen Sektoren zu beschleunigen: **Wasserstoff, Elektronik, Gesundheit und Cloud.**

Ziele der Konferenz

Europa muss weiterhin stark und entschlossen vorgehen, um seine strategische Autonomie zu stärken. Dies wird in den sechs Monaten der französischen EU-Ratspräsidentschaft eine der zentralen Prioritäten darstellen.

Die Konferenz „*Eine stärkere Industrie für ein autonomeres Europa*“ bietet eine hervorragende Gelegenheit, die Instrumente, die mobilisiert werden können, und die Maßnahmen, die getroffen werden müssen, um die Resilienz und die strategische Autonomie der EU zu stärken, zu erörtern.

Die Ergebnisse der Konferenz werden insbesondere für den Austausch der europäischen, für Industrie zuständigen Minister von direktem Nutzen sein, die sich im Rahmen des informellen Treffens des Rates für Wettbewerbsfähigkeit in Lens am 31. Januar und 1. Februar mit diesen Themen befassen werden.

Im Rahmen dieser Konferenz werden der Minister für Wirtschaft, Finanzen und Aufschwung, Bruno Le Maire, und die beigeordnete Ministerin für Industrie, Agnès Pannier-Runacher, sowie drei hochrangige europäische Vertreter, der Vizepräsident der Europäischen Kommission, Maroš Šefčovič, der EU-Kommissar für den Binnenmarkt, Thierry Breton, und der Vorsitzende des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) des Europäischen Parlaments, Cristian-Silviu Busoi, ihre Analysen und Vorschläge zu diesen Themen austauschen.

- **Das erste Panel wird die Strategie Europas als Antwort auf die Abhängigkeiten und Schwachstellen analysieren.** Aus einer komparativen und geopolitischen Perspektive soll ermittelt werden, welche Maßnahmen unsere großen Partner und Konkurrenten ergreifen, um ihre strategischen Abhängigkeiten zu verringern und mitunter ihre beherrschenden Stellungen in bestimmten Schlüsselsektoren zu stärken. Die Diskussionsteilnehmer werden sich außerdem mit der Frage auseinandersetzen, welche Mittel eingesetzt und welche prioritären Maßnahmen eingeleitet werden sollten, um die Fähigkeit der Europäischen Union zur strategischen Analyse zu stärken. In einer Langzeitperspektive werden die Diskussionsteilnehmer analysieren, welche Herausforderungen bahnbrechende Innovationen mit sich bringen, da die europäischen Schwachstellen von heute nicht unbedingt die von morgen sein werden. Schließlich werden sich die Diskussionsteilnehmer über die Anpassungs- und Reaktionsfähigkeit der europäischen Industrie auf die kontinuierliche Aufeinanderfolge von Krisen und/oder drohenden Knappheiten und Unterbrechungen der Wertschöpfungs- und Lieferketten austauschen. Die strategische Bedeutung des Zugangs zu Halbleitern für die europäische Industrie als Ganzes wird im Rahmen dieses Panels behandelt.
- **Das zweite Panel wird sich mit den Maßnahmen auseinandersetzen, die zur Sicherung der europäischen Rohstoffversorgung erforderlich sind.** Die Bestandsaufnahme unserer Schwachstellen und Abhängigkeiten in diesem Bereich ist in den letzten Monaten durch zahlreiche Untersuchungen erfolgreich abgeschlossen worden, und sowohl die europäischen als auch die nationalen Institutionen haben sich dieser Thematik in vollem Umfang angenommen. Ihre Schlussfolgerungen lassen keinen Zweifel zu: Die EU muss ihre Versorgung mit kritischen Rohstoffen besser sicherstellen. Das Panel wird in diesem Zusammenhang eine erste Bilanz der von der EU seit 2020 ergriffenen Maßnahmen und insbesondere der von der Europäischen Rohstoffallianz eingeleiteten Arbeiten ziehen, die wirksamsten Lösungsansätze diskutieren und dabei die Voraussetzungen für ihre Umsetzung und ihren Erfolg prüfen.

- **Das dritte und letzte Panel wird sich auf die Instrumente, wie die IPCEI, und die Finanzierung konzentrieren, die effektiv mobilisiert oder entwickelt werden können, um die kritischsten Ökosysteme und Sektoren zu unterstützen.**

Im Zusammenhang mit der Revision des rechtlichen Rahmens für IPCEI wird das Panel Überlegungen zu den Einsatzmöglichkeiten und der Verbesserung dieses Instruments anstellen. Das Panel wird sich auch mit dem möglichen Finanzierungsbedarf der kritischsten Ökosysteme befassen: Bilanz der aufgetretenen Schwierigkeiten, für welche Art von Investitionen (FuE, Exploration, Innovation, Produktion/Entwicklung) und für welche Art von Unternehmen (Start-up, KMU im Wachstum, Großunternehmen mit Risikoinvestitionen), Überblick über die von der EU bereits ergriffenen Maßnahmen und Aussichten auf weitere Verbesserungen in diesem Bereich.

Programm

Moderatorin der Konferenz : **Gaëtane MESLIN**

- 14.00-14.20 Uhr** **Eröffnungsansprache**
- Bruno LE MAIRE**,
Minister für Wirtschaft, Finanzen und Aufschwung
- 14.20-14.35 Uhr** **Keynote Speech**
- Maroš ŠEFČOVIC**,
Vizepräsident der Europäischen Kommission, Interinstitutionelle Beziehungen und Vorausschau
- 14.35-15.45 Uhr** **Erstes Round-Table-Gespräch**
„Hin zu einem strategischeren Ansatz für europäische Schwachstellen und Abhängigkeiten?“
- Keynote Speech
Kerstin JORNA, Generaldirektorin, Europäische Kommission (DG Grow)
- Panel
Belen MARTINEZ CARBONELL, Exekutivdirektorin Global Agenda and Multilateral Relations, Europäischer Auswärtiger Dienst (EAD)
François JACQ, Generalverwalter des Kommissariats für Atomenergie und alternative Energien (CEA)
Peter WENNINK, Vorstandsvorsitzender, ASML
Sabine KLAUKE, Chief Technical Officer, Airbus
Focco VIJSELAAR, Generaldirektor für Unternehmen und Innovation, niederländisches Ministerium für Wirtschaft und Klima
- 15.45-15.55 Uhr** **Pause**
- 15.55-16.00 Uhr** **Film (3') „Kritische Rohstoffe, eine Herausforderung für die EU“**
- 16.00-17.10 Uhr** **Zweites Round-Table-Gespräch**
„Wie können Europas strategische Abhängigkeiten von kritischen Rohstoffen verringert werden?“
- Keynote_Speech
Bernd SCHÄFER, Vorsitzender der europäischen Rohstoffallianz (ERMA)
- Panel
Philippe VARIN, Vorsitzender des Verwaltungsrats von Suez
Hildegard BENTELE, Mitglied des Europäischen Parlaments
Denis REDONNET, Stellvertretender Generaldirektor / *Chief Trade Enforcement Officer*, Europäische Kommission (DG Trade)
Matti HIETANEN, Generaldirektor, Finnish Minerals Group

Raul BLANCO DIAZ, Generalsekretär für Industrie und KMU,
spanisches Ministerium
für Industrie, Handel und Tourismus (TBC)

17.10-17.25 Uhr

Keynote Speech

Cristian-Silviu BUȘOI, Vorsitzender des ITRE-Ausschusses,
Europäisches Parlament

17.25-18.35 Uhr

Drittes Round-Table-Gespräch

„Was kann für kritische Ökosysteme
und Wertschöpfungsketten noch getan werden?“

Keynote Speech

Olivier GUERSENT, Generaldirektor, Europäische Kommission (DG
COMP)

Panel

Ambroise FAYOLLE, Vizepräsident der Europäischen
Investitionsbank (EIB)

Dr. Mikko HUOTARI, Geschäftsführender Direktor, MERICS

Benoît POTIER, Vorstandsvorsitzender, Air Liquide

Fernanda DIAS, Generaldirektorin für wirtschaftliche Aktivitäten,
portugiesisches Ministerium für Wirtschaft und digitalen Wandel
(TBC)

Dr. Markus STEILEMANN, Vorstandsvorsitzender, Covestro

18.35-19.00 Uhr

Abschlussrede der Konferenz

Thierry BRETON, EU-Kommissar für den Binnenmarkt

Agnès PANNIER-RUNACHER, beigeordnete Ministerin für
Industrie

Rednerliste

- **Hildegard BENTELE**, Mitglied des Europäischen Parlaments
- **Raul BLANCO DIAZ**, Generalsekretär für Industrie und KMU, spanisches Ministerium für Industrie, Handel und Tourismus
- **Thierry BRETON**, EU-Kommissar für den Binnenmarkt
- **Cristian-Silviu BUSOI**, Vorsitzender des ITRE-Ausschusses, Europäisches Parlament
- **Fernanda DIAS**, Generaldirektorin für wirtschaftliche Aktivitäten, portugiesisches Ministerium für Wirtschaft und digitalen Wandel
- **Ambroise FAYOLLE**, Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank (EIB)
- **Olivier GUERSENT**, Generaldirektor, Europäische Kommission (DG COMP)
- **Matti HIETANEN** Generaldirektor, Finnish Minerals Group
- **Dr Mikko HUOTARI**, Geschäftsführender Direktor, MERICS
- **François JACQ**, Generalverwalter des Kommissariats für Atomenergie und alternative Energien (CEA)
- **Kerstin JORNA**, Generaldirektorin, Europäische Kommission (DG Grow)
- **Sabine KLAUKE**, Chief Technical Officer, Airbus
- **Bruno LE MAIRE**, Minister für Wirtschaft, Finanzen und Aufschwung
- **Belen MARTINEZ CARBONELL**, Exekutivdirektorin Global Agenda and Multilateral Relations, Europäischer Auswärtiger Dienst (EAD)
- **Agnès PANNIER-RUNACHER**, beigeordnete Ministerin für Industrie
- **Benoît POTIER**, Vorstandsvorsitzender, Air Liquide
- **Denis REDONNET**, Stellvertretender Generaldirektor / *Chief Trade Enforcement Officer*, Europäische Kommission (DG Trade)
- **Bernd SCHÄFER**, Vorsitzender der europäischen Rohstoffallianz (ERMA)
- **Maros SEFCOVIC**, Vizepräsident der Europäischen Kommission, Interinstitutionelle Beziehungen und Vorausschau
- **Dr Markus STEILEMANN**, Vorstandsvorsitzender, Covestro
- **Philippe VARIN**, Vorsitzender des Verwaltungsrats von Suez
- **Focco VIJSELAAR**, Generaldirektor für Unternehmen und Innovation, niederländisches Ministerium für Wirtschaft und Klima
- **Peter WENNINK**, Vorstandsvorsitzender, ASML



Pressekontakt : medias.europe2022fr@dgtresor.gouv.fr